Ressort: Lokales

SPD in NRW distanziert sich erstmals von Gladbeck-Einsatz

Düsseldorf, 10.08.2013, 12:25 Uhr

GDN - Der frühere Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann, hat den Einsatz beim Geiseldrama von Gladbeck vor 25 Jahren scharf kritisiert. Es handle sich um "ein ganz schlimmes Staatsversagen von A bis Z", sagte Farthmann der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

"Wir sind mit der liberalen Innenpolitik im Fall Gladbeck voll vor die Wand gefahren." Es ist das erste Mal, dass sich ein führender SPD-Politiker aus jenen Tagen so deutlich äußerte. Im Untersuchungsausschuss des Landtags hatten die SPD, die damals mit absoluter Mehrheit in Nordrhein-Westfalen regierte, keinerlei fehlerhaftes Verhalten der Polizei und des damaligen Innenministers Herbert Schnoor (SPD) gesehen. Nur mit der Rolle der Medien (der angeblich "zentrale Punkt") setzte sich der mit den Stimmen der SPD verabschiedete Abschlussbericht wirklich kritisch auseinander. Am 16. August 1988 hatten zwei Männer eine Bank in Gladbeck überfallen. Anschließend flüchteten sie drei Tage lang durch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und die Niederlande, wobei sie mehrfach Geiseln nahmen. Trotz guter Zugriffsmöglichkeiten setzte die Polizei auf eine "weiche" Taktik des angeblichen "Null-Risikos" für die Geiseln. Tatsächlich wurden während der Flucht zwei Geiseln und ein Polizist getötet. Anders als sein Bremer Amtskollege Bernd Meyer trat der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (beide SPD) nicht zurück. Die Theorie der liberalen Innenpolitik sei durch Gladbeck zu Bruch gegangen, sagte Farthmann nun der Zeitung. Er könne sich eigentlich nur wundern, wie gut die Regierung Rau trotzdem davongekommen sei. Die ganze SPD habe immer für Recht und Ordnung gestanden. Recht und Ordnung seien Teil des sozialdemokratischen Gerechtigkeitsempfindens. "Ich war deshalb sehr betroffen über die lange Leine, die man den Geiselgangstern von Gladbeck ließ. Das war ein Bruch mit sozialdemokratischer Tradition. Da ist das erste Mal richtig deutlich geworden, welche Korrosionskräfte die bewährte sozialdemokratische Programmatik aufgeweicht hatten." Der frühere Innenminister Schnoor will sich nicht mehr zum Thema Gladbeck befragen lassen. "Die Angehörigen der Opfer von damals haben ein Recht darauf, endlich zur Ruhe zu kommen. Eine neuerliche Stellungnahme meinerseits würde Wunden aufreißen. Seien Sie versichert, dass mich die schrecklichen Ereignisse von damals noch immer sehr belasten", teilte Schnoor der Zeitung schriftlich mit.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-19334/spd-in-nrw-distanziert-sich-erstmals-von-gladbeck-einsatz.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com